

Antrag

der Abgeordneten Beate Walter-Rosenheimer, Kai Gehring, Margit Stumpp, Dr. Anna Christmann, Beate Müller-Gemmeke, Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, Katja Dörner, Erhard Grundl, Dr. Kirsten Kappert-Gonther, Maria Klein-Schmeink, Ulle Schauws, Charlotte Schneidewind-Hartnagel, Kordula Schulz-Asche, Ekin Deligöz, Britta Haßelmann, Anja Hajduk, Markus Kurth, Sven Lehmann, Claudia Müller, Lisa Paus, Corinna Rüffer, Stefan Schmidt und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ausbildung in der Krise – Perspektiven für junge Menschen sichern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Berufsbildungsbericht 2020 zeigt Entwicklungen auf dem Ausbildungsmarkt, die Anlass zur Sorge geben: Im vergangenen Jahr wurden trotz Fachkräftemangel weniger junge Menschen ausgebildet als im Vorjahr. Zwar haben sich erfreulicherweise mehr junge Menschen erfolgreich um einen Ausbildungsplatz beworben, doch nach wie vor liegt die Zahl der jungen Menschen, die statt in Ausbildung in den Warteschleifen des Übergangssystem gelandet sind, mit rund 255.000 auf viel zu hohem Niveau. Dies geht zu Lasten der Zukunftsperspektiven junger Menschen und führt zugleich dazu, dass der Wirtschaft gut ausgebildete Fachkräfte fehlen. Bedenklich ist insbesondere, dass sich immer mehr Betriebe vollständig aus der Ausbildung zurückziehen. Nicht einmal jedes fünfte Unternehmen bildete im Jahr 2019 noch aus.

Diese Entwicklung droht sich nun aufgrund der Corona-Krise zu verschärfen. Noch ist nicht abzusehen, wie sich der vorübergehende „Lockdown“ im Frühjahr 2020 und die teils weiterhin bestehenden Einschränkungen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens auf die Ausbildung junger Menschen auswirken werden. Klar ist aber, dass viele Betriebe und damit auch viele Auszubildende von der Krise hart getroffen wurden. Nicht wenige Unternehmen kämpfen um das wirtschaftliche Überleben. Viele Auszubildende fürchten um die Sicherheit ihrer Ausbildungsplätze. Umso wichtiger ist es in unsicheren Zeiten allen jungen Menschen verlässliche Zukunftsperspektiven zu sichern und insbesondere jene Betriebe zu unterstützen, die ihre Verantwortung zur Fachkräftesicherung trotz erschwerter Bedingungen wahrnehmen.

Mit der Einführung eines „Kurzarbeitergeld Plus“ (19/18704) sollen sich Auszubildende in besonders von der Corona-Krise betroffenen Branchen darauf verlassen können, dass ihr Ausbildungsplatz gesichert ist und sie 100 Prozent ihrer Vergütung erhalten. Die Regelung soll zudem die Betriebe, die noch immer von

den Corona-Maßnahmen betroffen sind, absichern und damit motivieren, auch im Herbst neue Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen.

Die Allianz für Aus- und Weiterbildung hat mit ihrer Ankündigung gemeinsamer Maßnahmen zur Stabilisierung der Ausbildung bereits ein erstes wichtiges Zeichen gesetzt, das einerseits die gesellschaftliche Bedeutung der dualen Ausbildung unterstreicht und andererseits den jungen Menschen signalisiert, dass sie gebraucht und auf ihrem Weg ins Berufsleben unterstützt werden. Ausbildungs- und Übernahmeprämien und insbesondere die Förderung von Verbund- und Auftragsausbildungen können sinnvolle Instrumente sein, um kurzfristig Ausbildungsplätze während der Krise zu sichern. Umso wichtiger ist es, dass diese zügig und unbürokratisch bei Auszubildenden und Ausbildungsbetrieben ankommen.

Der Berufsbildungsbericht zeigt aber auch, dass kurzfristige Maßnahmenpakete alleine nicht ausreichen werden, um die Ausbildung zukunftsfest aufzustellen. Damit die Erfahrungen aus der Krise für einen langfristigen Modernisierungsschub genutzt werden können, müssen die beschlossenen Unterstützungsinstrumente begleitend evaluiert und ein umfassendes Update für das Lernen in Betrieb und Berufsschule auf den Weg gebracht werden, das grundlegende Fehler im System der beruflichen Bildung beseitigt.

Dazu gehört eine Ausbildungsgarantie, die jungen Menschen unabhängig von konjunkturellen Schwankungen auch nach der Krise sichere Brücken in das Berufsleben baut. Notwendig sind zudem eine deutliche Aufwertung der systemrelevanten Ausbildungsberufe im Gesundheits-, Pflege- und Erziehungsbereich, verstärkte Anstrengungen für echte Gleichwertigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung genauso wie eine Digitalisierungsoffensive für die beruflichen Schulen und die Förderung der Mobilität von Auszubildenden, damit in Zukunft keine Ausbildung mehr an hohen Fahrtkosten oder teuren Mieten scheitert.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, gemeinsam mit den Partnern der Allianz für Aus- und Weiterbildung das Ausbildungssystem dauerhaft krisenfest und damit fit die Zukunft aufzustellen. Hierzu ist
1. eine Ausbildungsgarantie zu schaffen, die Schluss mit den Warteschleifen des Übergangssystems macht und allen jungen Menschen auch bei krisenbedingten konjunkturellen Schwankungen und sinkender Ausbildungsbereitschaft der Wirtschaft einen betrieblichen, über- oder außerbetrieblichen Ausbildungsplatz und damit sichere Zukunftsperspektiven garantiert;
 2. Kurzarbeit und sofortiges Kurzarbeiterinnen- und Kurzarbeitergeld in Höhe von 100 Prozent für Auszubildende zu ermöglichen, deren Betriebe und Branchen besonders von der Corona-Krise betroffen sind. Dies stellt sicher, dass auch Auszubildende auch dort bestehen bleiben, wo die Auszubildenden nicht von starken tarifvertraglichen Vereinbarungen profitieren und Auszubildende trotz Krise fair und ohne Einbußen entlohnt werden. Auszubildende sind in der Kurzarbeitsstatistik der Bundesagentur für Arbeit gesondert auszuweisen;
 3. Die Digitalisierung der beruflichen Schulen zu beschleunigen, indem 500 Millionen Euro aus dem Digitalpakt Schule pauschal und ohne

- aufwendige Antragsverfahren für die digitale Ausstattung im Klassenzimmer genutzt werden können. Auch berufliche Schulen müssen die Sommerferien für Update ihrer Infrastruktur nutzen können;
4. Betriebe mit einem Programm des Bundes finanziell und organisatorisch zu unterstützen bei der Inanspruchnahme und dem Angebot von Verbundausbildung (wie etwa im Land Berlin seit Jahren praktiziert), um auf diese Weise betriebliche bzw. überbetriebliche Ausbildung zu ermöglichen;
 5. Das Berufsorientierungsprogramm des Bundes (BOP) anzupassen, damit alle Schülerinnen und Schüler unabhängig von der Schulform trotz Kontaktbeschränkungen auch tatsächlich erreicht werden. Im Rahmen der Berufsorientierung müssen geschlechtsspezifischem Berufswahlverhalten entgegengewirkt und Genderstereotype nachhaltig abgebaut werden;
 6. die Mobilität von Auszubildenden zu erhöhen, indem gemeinsam mit Ländern und Kommunen in ganz Deutschland kostengünstige Auszubildendentickets für den ÖPNV und geförderter Wohnraum für Auszubildende geschaffen werden, damit keine Ausbildung an Fahrtkosten oder teuren Mieten scheitert;
 7. Die Anerkennung der Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung voranzubringen. Dafür ist insbesondere der Deutsche Qualifikationsrahmen gesetzlich zu verankern und bei Tarifverhandlungen darauf hinzuwirken, dass die Abschlussvoraussetzungen für eine Eingruppierung in Entgeltgruppen des öffentlichen Dienstes des Bundes im gehobenen und höheren Dienst sowie im Rahmen der Beamtenlaufbahn flexibilisiert werden;
 8. die Berichterstattung des Berufsbildungsberichts so zu erweitern, dass die Daten und deren Details zu Angebot und Nachfrage nach Ausbildung in den Berufen des Gesundheits-, Pflege und Sozialbereichs in gleicher Weise nachvollziehbar sind wie bei den dualen Berufen. Die Systemrelevanz der GES-Berufe muss sich auch in der Berichterstattung widerspiegeln.
 9. Das Bundesinstitut für Berufsbildung mit der begleitenden Evaluation des Bundesprogramms „Ausbildungsplätze sichern“ zu beauftragen, um die Wirkung der einzelnen Förderinstrumente detailliert für die jeweiligen Branchen nachvollziehen zu können. Die Erfahrungen der aktuellen Krise müssen genutzt werden, um das Ausbildungssystem dauerhaft krisenfest aufzustellen.
 10. das Bundesinstitut für Berufsbildung zu beauftragen, Forschungsvorhaben auf den Weg zu bringen, die zukünftige Fachkräftebedarfe in jenen Branchen ermitteln, die besonders gebraucht werden, um gestärkt aus der Krise hervorzugehen.

Berlin, den 16. Juni 2020

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.